

18. Wahlperiode

Die Vorsitzende
des Hauptausschusses

einstimmig mit CDU, AfD und FDP bei Enthaltung SPD, LINKE und GRÜNE
--

An Plen

Beschlussempfehlung

des Hauptausschusses
vom 17. Februar 2021

zum

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3303

**Ergänzung zum Beschluss Nr. 2020/54/16 –
Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur
Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und der
Verantwortung für Fehlentwicklungen an der
„Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ in der 17.
und 18. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von
Berlin (Drs. 18/2505)**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 18/3303 – wird in folgender Fassung angenommen:

„Der Einsetzungsbeschluss, der durch Beschluss vom 01. Oktober 2020, Nr. 2020/64/33 (Drucksache 18/3060) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Satz 2 und Satz 3 unter Punkt III. des Einsetzungsbeschlusses werden wie folgt gefasst:

„Diese beträgt ab dem 1. Januar 2021 für die Dauer der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses 4.619,20 EUR (TV-L E13, Stufe 3) zzgl. Arbeitgeberanteil monatlich. §10 Abs. 1 des Fraktionsgesetzes gilt entsprechend.“

2. Der letzte Satz unter Punkt III. des Einsetzungsbeschlusses wird gestrichen. ‘

Berlin, den 17. Februar 2021

Der stellvertretende Vorsitzende
des Hauptausschusses

Andreas Statzkowski